

35. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 08.12.2016

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Kipp Lothar		
Gremiumsmitglieder: Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Simone Guist Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Johannes Mecke Gertrud Mörike Günter Peischl Andreas Post Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Josef Ebert Edith Michal	

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

In der heutigen Sitzung fehlen entschuldigt die Gemeinderatsmitglieder Frau Michal und Herr Ebert.

Zu Beginn der Sitzung gratuliert der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Frau Rader nachträglich recht herzlich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

488

23

Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Beschluss: 23:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2016, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Axenbeck merkt an, dass die CSU-Fraktion im heutigen Protokoll festgehalten wissen möchte, dass mit dem Verlauf des Tagesordnungspunktes 7, Beschluss-Nr. 483 (*Errichtung von Aufzugsanlagen an der gemeindlichen Wohnanlage Fichtenstraße 1 bis 55: Antrag der CSU Fraktion zur Modifizierung der EU-weiten Ausschreibungsunterlagen durch das Projektsteuerungsbüro Dornier Consulting International GmbH auf der Basis der Errichtung von Aufzugsanlagen an der gemeindeeigenen Wohnanlage Fichtenstraße 1 bis 55 ungerade*) der Sitzung vom 10.11.2016 kein Einverständnis besteht.

Das Protokoll selbst ist jedoch korrekt und wird entsprechend genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

489 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse können folgende Beschlüsse in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen werden, weil die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind:

G474 aus der Gemeinderatssitzung vom 13.10.2016

Personalangelegenheiten:

Weitergewährung der Ballungsraumzulage

Beschluss: 24 : 0

1. *Die Gemeinde Unterföhring gewährt den Beschäftigten eine Ergänzende Leistung (Ballungsraumzulage) nach Maßgabe der Bestimmungen des Tarifvertrages zur Fortführung der Ergänzenden Leistungen an Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildende des Freistaates Bayern (TV-EL) vom 23.07.2007 in der jeweils geltenden Fassung.*
2. *Grundlage der Zahlung ist die Ermächtigung des KAV Bayern gemäß des Beschlusses des Hauptausschusses des KAV Bayern vom 25.11.1999, wonach es den Mitgliedern des KAV Bayern gestattet ist, eine Ergänzende Leistung (Ballungsraumzulage) entsprechend der für den Freistaat Bayern jeweils tarifvertraglich geltenden Regelungen bis zur Höhe des TV-EL zu gewähren.*
3. *Die gewährte Ergänzende Leistung (Ballungsraumzulage) entfällt ersatzlos,*
 - a) *wenn deren Voraussetzungen nach dem TV-EL nicht mehr erfüllt sind, mit sofortiger Wirkung,*
 - b) *wenn der TV-EL vom 23.07.2007 von einer der tarifschließenden Parteien wirksam gekündigt wird, mit dem Ablauf der Kündigungsfrist,*
 - c) *wenn der TV-EL vom 23.07.2007 von den tarifschließenden Parteien einvernehmlich aufgehoben wird oder aufgrund einer vereinbarten Befristung endet, zum jeweils vereinbarten Zeitpunkt,*
 - d) *zu dem Zeitpunkt zu dem der KAV Bayern die Ermächtigung seiner Mitglieder zur Gewährung einer Ergänzenden Leistung (Ballungsraumzulage) nach Maßgabe des TV-EL widerruft.*
4. *Im Übrigen ist die Gemeinde Unterföhring berechtigt, die Gewährung der Ergänzenden Leistung (Ballungsraumzulage) zu widerrufen,*

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

sobald zur Sicherung der Auszahlung der Entgelte für die Beschäftigten Kreditaufnahmen notwendig werden.

Die Verwaltung hat mit den betroffenen Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Auszubildenden die Gewährung der Ergänzenden Leistung (Ballungsraumzulage) schriftlich durch Änderungsvertrag, bei Neueinstellungen durch Aufnahme der Regelung im Arbeitsvertrag, zu fixieren.

Dieser Beschluss kann öffentlich bekannt gemacht werden.

AZ 033
Personalamt

G475 aus der Gemeinderatssitzung vom 13.10.2016

Personalangelegenheiten:

Weitergewährung einer Arbeitsmarktzulage für die Beschäftigten der Gemeinde Unterföhring

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Erfahrungsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt einer Fortgewährung der allgemeinen Arbeitsmarktzulage in der bisherigen Form zu.

Die Arbeitsmarktzulage ist bei Vorliegen der Voraussetzungen auch in den Jahren 2017 und 2018 zu gewähren.

Die entsprechenden Haushaltsmittel i.H.v. 250.000,00 € pro Haushaltsjahr werden entsprechend zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2018 ist zur Entscheidung über eine etwaige Weitergewährung der allgemeinen Arbeitsmarktzulage ein erneuter Erfahrungsbericht vorzulegen.

Dieser Beschluss kann öffentlich bekannt gemacht werden.

AZ 033
Personalamt

AZ 024
Hauptamt

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

490 23 **Antrag der Fraktionen von B90/DIE GRÜNEN und PWU zur "Errichtung eines Hallenbades im künftigen Sportpark Unterföhring an der Mitterfeldallee"**

Mit Schreiben vom 23.11.2016 (Eingang bei der Gemeindeverwaltung am 24.11.2016) haben die Fraktionsvorsitzenden Herr Mecke (B90/DIE GRÜNEN) und Herr Prieler (PWU) einen Antrag zur Errichtung eines Hallenbades im künftigen Sportpark Unterföhring an der Mitterfeldallee eingereicht.

Das Schreiben wurde den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld zur heutigen Sitzung bekannt gegeben.

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Fraktionen BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und PWU beantragen, dass im künftigen Sportpark an der Mitterfeldallee ein Hallenbad realisiert werden soll. Dabei soll ein Lehrschwimmbecken mit sechs Bahnen, ein Sprungturm mit 3 Meter Höhe mit der erforderlichen Beckentiefe, ein Nichtschwimmerbecken, eine Wasserrutsche, ein Saunabereich (somit kann die geplante Vereinssauna im Sportpark entfallen) sowie die entsprechenden Nebenflächen (Umkleiden, Duschen, Toiletten etc.) als Grundlage für das zu realisierende Hallenbad mitberücksichtigt werden. Die bisherigen Gemeinderatsbeschlüsse sind dahingehend aufzuheben bzw. anzupassen.

Begründung:

Auf Grund der neu geschaffenen Möglichkeit (u.a. Änderungsantrag zu TOP 2.1ö BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 28.09.2016 „Verlegung Lehrschwimmbecken vom Schulcampus in den Sportpark“) im Sportpark auch ein Hallenbad realisieren zu können, sollte diese einmalige Chance auch umgesetzt werden. Neben der schulischen Nutzung und den Vereinsnutzungen (hier sei u.a. auf den Antrag der Wasserwacht Unterföhring hingewiesen), sollte die Möglichkeit geschaffen werden, darüber hinaus auch der Bevölkerung das Angebot zum Schwimmen in unserer Gemeinde anzubieten. Bis ins hohe Alter kann das Medium Wasser zur Regeneration und Rehabilitation genutzt werden. Laut einer Forsa-Studie aus dem Jahre 2010 kann jedes zweite zehnjährige Kind, das die Grundschule verlässt, nicht sicher schwimmen. Laut einer Emnid-Studie können von Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre insgesamt 33,9 Prozent gar nicht oder nur schlecht schwimmen.

Studien des Robert-Koch-Instituts sowie der DLRG belegen ebenfalls die rückläufige Schwimmfähigkeit bei Kindern und Jugendlichen. Nahezu jeder vierte Deutsche ab 14 Jahren kann nicht oder nur schlecht schwimmen.)

Im Artikel der SZ vom 04.11.2016 wird auch berichtet, dass viele Schwimmbäder schließen müssen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass in unserem Siedlungsschwerpunkt (Landkreis München) immer mehr Menschen immer weniger Schwimmmöglichkeiten nutzen können. Auch hier sehen wir einen wichtigen Ansatz unsere Bevölkerung mit einer Schwimmgelegenheit

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

(Realisierung eines Hallenbades) zu versorgen.

Ein Hallenbad (kein Spaß- bzw. Freizeitbad) wird sicher keine Gewinne oder einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Die Gemeinde Unterföhring wird die Defizite ausgleichen müssen. Das Defizitrisiko wird aber minimiert bzw. kann in erheblichen Teilen durch die Fernwärmeversorgung durch die GEOVOL kompensiert werden.

Dennoch ist es für alle künftigen Nutzer (Kinder, Schüler, Vereine und die Öffentlichkeit) ein wertvolles Angebot in einem Hallenbad in Unterföhring schwimmen zu können. Dies betrifft auch die Mitarbeiter der Unterföhringer Gewerbebetriebe und steigert somit die Attraktivität hiesiger Arbeitsplätze.“

Im Lauf der Diskussion regt das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler -vertretend für den Antragsteller- zur Verdeutlichung an, in den Beschlussvorschlag mitaufzunehmen, dass es sich bei einer Realisierung um ein öffentliches Hallenbad und um ein wettkampftaugliches Lehrschwimmbecken handeln soll. Der zweite Antragsteller, vertretend durch den Fraktionssprecher BÜDNIS90/DIE GRÜNEN, Herr Mecke, stimmt der Ergänzung zu.

Die SPD-Fraktion regt an, in diesem Zusammenhang den Zusatz „Sportbecken“ mit aufzunehmen. Beide Antragsteller stimmen diesem Ergänzungsvorschlag zum Beschlusstext zu.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Das Gemeinderatsmitglied Herr Guist stellt einen Antrag nach § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat auf Schließung der Rednerliste. Zu diesem Zeitpunkt waren keine Wortmeldungen mehr registriert. Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des Geschäftsordnungsantrages abstimmen:

Beschluss: 23:0

Nachdem der Antrag zur Geschäftsordnung zugelassen ist, lässt der Vorsitzende nunmehr inhaltlich über die Schließung der Rednerliste abstimmen:

Beschluss: 19:4

Nachdem der Antrag zur Geschäftsordnung auf Schließung der Rednerliste mehrheitlich angenommen wurde, wird die Rednerliste geschlossen.

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende lässt über den eigentlichen, mit Ergänzungen versehenen, Antrag abstimmen.

Beschluss: 15 : 8

Das Gremium folgt dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von Bündnis90/DIE GRÜNEN und PWU vom 23.11.2016, dass im künftigen Sportpark an der Mitterfeldallee ein öffentliches Hallenbad realisiert werden soll. Dabei soll ein wettkampftaugliches Lehrschwimmbecken (Sportbecken) mit sechs Bahnen, ein Sprungturm mit 3 Meter Höhe mit der erforderlichen Beckentiefe, ein Nichtschwimmerbecken, eine Wasserrutsche, ein Saunabereich (somit kann die geplante Vereinssauna im Sportpark entfallen) sowie die entsprechenden Nebenflächen (Umkleiden, Duschen, Toiletten etc.) als Grundlage für das zu realisierende Hallenbad mitberücksichtigt werden. Die bisherigen Gemeinderatsbeschlüsse sind dahingehend aufzuheben bzw. anzupassen.

AZ 5220
Bauamt

491 23

Sportpark Unterföhring: **Vorstellung der Rahmenplanung**

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 12.05.2016, Nr. 392, in Erinnerung, in dem sich der Gemeinderat dafür ausgesprochen hat, dass zur Vorbereitung eines Bebauungsplanes eine Rahmenplanung zur Realisierung eines Sportparks südlich der Mitterfeldallee, westlich der Dieselstraße und nördlich des Bahnweges durch den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) einzuleiten ist.

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 28.09.2016, Nr. 457. In der Sitzung des Gemeinderates am 28.09.2016 wurde die Rahmenplanung durch den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München vorgestellt und die vorgebrachten Anregungen und Hinweise eingearbeitet.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass am 06.10.2016 eine öffentliche Bürgerinformationsveranstaltung im Rathaus stattgefunden hat, in der die vorliegende Rahmenplanung des Sportparks Unterföhring vorgestellt wurde.

Dem Gremium wurde die Zusammenfassung des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München, Stand 01.12.2016 zugestellt.

In der Vorunterrichtung am 05.12.2016 werden durch den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München die Zusammenfassung der Rahmenplanung

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

vorgestellt und entsprechend erläutert.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat stimmt der vorgestellten Rahmenplanung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München, Stand 01.12.2016 mit folgenden Änderungen zu:

Im künftigen Sportpark an der Mitterfeldallee ist ein öffentliches Hallenbad zu realisieren.

Dabei soll ein wettkampftaugliches Lehrschwimmbecken (Sportbad) mit sechs Bahnen, ein Sprungturm mit 3 Meter Höhe mit der erforderlichen Beckentiefe, ein Nichtschwimmerbecken, eine Wasserrutsche, ein Saunabereich (somit kann die geplante Vereinssauna im Sportpark entfallen) sowie die entsprechenden Nebenflächen (Umkleiden, Duschen, Toiletten etc.) als Grundlage für das zu realisierende Hallenbad mitberücksichtigt werden.

Die vorgestellte Rahmenplanung, Stand 01.12.2016, ist als Bestandteil des Auslobungstextes für die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für die Realisierung des Sportparks aufzunehmen.

AZ 611
Bauamt

492

23

Sportpark Unterföhring:
Festlegung des Auslobungstextes für die Erarbeitung von
Lösungsvorschlägen

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 12.05.2016, Nr. 392, in Erinnerung, in dem sich der Gemeinderat dafür ausgesprochen hat, dass zur Vorbereitung eines Bebauungsplanes eine Rahmenplanung zur Realisierung eines Sportparks südlich der Mitterfeldallee, westlich der Dieselstraße und nördlich des Bahnweges durch den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) einzuleiten ist.

Der Bürgermeister verweist auf den heutigen Tagesordnungspunkt der öffentlichen Sitzung „Vorstellung der Rahmenplanung Sportpark“. Die Eckpunkte der vorgestellten Rahmenplanung sind in den Auslobungstext mit aufzunehmen.

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 28.09.2016, Nr. 458, wurde dem EU-weiten Bekanntmachungstext, Stand 23.09.2016 für den Neubau des Sportparks Unterföhring mit der Ergänzung zugestimmt, dass im vorgelegten Bekanntmachungstext ein Lehrschwimmbecken auf dem Grundstück des künftigen Sportparks einzuplanen ist.

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Entwurf des Auslobungstextes Stand 01.12.2016 wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 23 : 0

Auf Grund der heutigen Beschlüsse in Tagesordnungspunkt 3 (*Antrag der Fraktionen von B90/DIE GRÜNEN und PWU zur "Errichtung eines Hallenbades im künftigen Sportpark Unterföhring an der Mitterfeldallee"*) und 4.1 (*Sportpark Unterföhring; Vorstellung der Rahmenplanung*) ergibt sich der Bedarf einer neuen Raumplanung für Teilbereiche des Sportparks. Diese sind vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München zu erstellen und dem Gremium in der Sitzung des Gemeinderates am 09.02.2017 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes wird daher entsprechend zurückgestellt.

AZ 611
Bauamt

493 23

Schulcampus Unterföhring; Gymnasium mit 2. Grundschule und Tiefgarage; Auftragsvergabe der Architektenleistungen im Rahmen des Vergabeverfahrens nach der Vergabeverordnung (VgV)

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 09.06.2016, Nr. 411, in Erinnerung in dem sich der Gemeinderat bei der Realisierung des Schulcampus Unterföhring (Gymnasium mit 2. Grundschule und Tiefgarage) für ein Vergabeverfahren nach Vergabeverordnung (VgV) mit Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen (Mehrfachbeauftragung) ausgesprochen hat.

Zwischenzeitlich wurden von den sechs ausgewählten Bewerbern Lösungsvorschläge ausgearbeitet und durch das Preisgericht, dass sich aus dem Ersten Bürgermeister, sechs Fachpreisrichtern, vier Sachpreisrichtern, Beratern und der Verwaltung zusammensetzt, gründlich bewertet.

In der Preisgerichtssitzung am 24.11.2016 wurde vom Preisgericht mit einstimmigem Beschluss, die Empfehlung ausgesprochen, das Architekturbüro

Felix + Jonas Architekten GmbH, München

mit der Realisierung des Schulcampus Unterföhring (Gymnasium mit 2.Grundschule und Tiefgarage) zu beauftragen.

Der Vorsitzende verweist in diesem Zusammenhang auch auf das Protokoll der Preisgerichtssitzung vom 24.11.2016 des Projektsteuerungsbüros Hitzler, München, mit Stand 30.11.2016. Das Protokoll zur Preisgerichtssitzung vom

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

24.11.2016 (Stand 30.11.2016) wurde an die Mitglieder des Preisgerichts (Vertreter aus dem Gemeinderat) zugestellt.

Nach den Verhandlungsgesprächen am 28.11.2016 mit fünf von sechs Bewerbern (Bewerber Nr. 3497 hat das Verhandlungsgespräch abgesagt und nicht daran teilgenommen) ergibt sich keine Änderung der Platzierung bzw. der Reihenfolge des Preisgerichts.

Der Bürgermeister erläutert den Siegerentwurf.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Preisgerichtes vom 24.11.2016 an und beauftragt für die Realisierung des Schulcampus Unterföhring (Gymnasium mit 2.Grundschule und Tiefgarage) das Architekturbüro

Felix + Jonas Architekten GmbH, München.

Die Verwaltung wird zur eigenständigen Durchführung aller erforderlichen Verfahren für die weiteren erforderlichen Fachplanungen ermächtigt.

Die Auftragsvergaben haben nach der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2014 – 2020 zu erfolgen.

AZ 611
Bauamt

494 23

Realisierung des Ideenteils für die Hort- und Mittagsbetreuung auf dem Schulgelände an der Schulstraße; Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Bürgermeister bringt die Gemeinderatsbeschlüsse vom 12.11.2015, Nrn. 287 und 288 sowie vom 14.01.2016, Nr. 313 und vom 16.03.2016 Nr. 362, in Erinnerung.

Bisherige Beschlusslage:

In diesen wurde u.a. beschlossen, dass mit der Umsetzung des Ideenteils (Schulgelände an der Schulstraße, derzeitiges Hortgelände) für den Ausbau der Grundschule, sowie der Hort- und Mittagsbetreuung begonnen werden soll und ein Raumprogramm zu entwickeln ist. Anschließend ist ein nicht offener Architektenwettbewerb im kooperativen Verfahren auszuschreiben (12.11.2015, Nr. 288).

Zudem wurde die Verwaltung beauftragt, die gemeindeeigenen Grundstücke an der Straßäckerallee als Standort für die -während der Realisierung des Ideenteils notwendige- Interimslösung zu prüfen und ggf. noch weitere Standorte vorzuschlagen (12.11.2015, Nr. 287).

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Am 14.01.2016, Nr. 313 wurde über das erarbeitete gesamtheitliche Schulkonzept beraten und ein weitreichenden Beschluss hinsichtlich der zu erwartenden Schülerzahlen im Grundschulbereich gefasst. So wurde in der Konzipierung des Schulcampus an der Mitterfeldallee die Errichtung einer zweiten Grundschule mit einer Schülerkapazität für bis zu 400 Schüler mit eingeplant. Gleichzeitig werden Einrichtungen für die Nachmittagsbetreuung der Grundschüler geplant. Der Schulbetrieb soll zum Schuljahr 2020/2021 beginnen.

Auf Grundlage dieser -auf die Zukunft ausgerichteten- infrastrukturellen Grundsatzentscheidung zu einem zweiten Grundschulstandort hat die Verwaltung -gemeinsam mit der Schulleitung Frau Hillen und der Leitung des Kinderhorts Frau Seitz- Gespräche geführt, um den Bedarf an Unterrichts- und Betreuungsräumlichkeiten für die Schuljahre von 2016/2017 bis 2020/2021 (bis zum Betriebsbeginn der zweiten Grundschule) ermittelt und dem Gemeinderat in seiner Sitzung am 16.03.2016 vorgestellt. Der Gemeinderat hat daraufhin die Verwaltung beauftragt, alle Maßnahmen (u.a. Vorbereitung eines Architektenwettbewerbs etc.) einzuleiten, um die erforderliche Hort- und Mittagsbetreuung (unter Berücksichtigung der künftigen zweiten Grundschule mit Nachmittagsbetreuung) an der Schulstraße zu beauftragen und durchzuführen. Für die Vorbereitung und Durchführung des nicht offenen Wettbewerbs im kooperativen Verfahren ist der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München zu beauftragen (16.03.2016, Nr. 362).

Ergriffene Maßnahmen:

Die Verwaltung hat mit dem beauftragten Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München und unter Einbindung der Schulleitung Frau Hillen sowie den beiden Hortleitungen Frau Seitz und Frau Brandhofer in den letzten Monaten diverse Abstimmungsgespräche geführt. In diesen wurde der Raumbedarf für die künftige Hort- und Mittagsbetreuung an der Schulstraße (Standort Grundschule 1, Schülerzahl 400) erarbeitet.

Hierzu wurde eine Zusammenfassung mit Planskizzen (Stand 28.11.2016) in Zusammenarbeit mit dem Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum erarbeitet. Diese ist den Gemeinderäten zur Information mit den Sitzungsunterlagen vorab zugestellt worden.

Diese Planungen sehen vor, dass die Kinder der Ganztagesklasse (wie bisher) im Schulgebäude betreut werden (ca. 100 Schüler).

Damit ergibt sich auf den Flächen des derzeitigen Ideenteils ein Raumbedarf von insgesamt 200 Plätzen für die Hortbetreuung sowie von 100 Plätzen für die Mittagsbetreuung, die neu geschaffen werden müssen.

Im Schulgebäude stehen im Bedarfsfall (z.B. erhöhte Nachfrage bei der Mittagsbetreuung, als Alternative im Falle einer sinkenden Nachfrage im Bereich der GTK etc.) künftig zudem weitere Räumlichkeiten für die Mittagsbetreuung zur Verfügung.

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die vorliegende Vorplanung soll insbesondere dazu dienen, die Möglichkeiten bzw. Grenzen für eine etwaige Einbindung der Bestandsgebäude, insbesondere des sog. Hort-Stammhauses, darzustellen.

Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München kommt zu dem Ergebnis, dass eine funktionale Einbindung des Bestands bzw. eine funktionale Erweiterung des Bestands durch Anbauten nicht darstellbar ist. Vielmehr sollte eine komplette Neubebauung der Flächen vorgesehen werden, um bedarfsgerechte, funktionale und optimierte Betreuungsräumlichkeiten zu schaffen.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die Bestandsgebäude (einschließlich Stammhaus) abzureißen und die Flächen neu zu überplanen und dies entsprechend in die Ausschreibung aufzunehmen.

Den Gemeinderatsbeschluss vom 12.11.2015, Nr. 287 aufgreifend gilt es für die Phase der Realisierung des Ideenteils (ab Schuljahr 2017/2018) für die Hort- und Mittagsbetreuung geeignete Zwischenlösungen zu finden.

Auf Grundlage der zu erwartenden Schülerzahlen bis zum Schuljahr 2020/2021 (583 Schüler, Stand 09.11.2016) sind entsprechende Betreuungsplätze vorzuhalten.

Unter Einbeziehung der bestehenden Interimseinrichtung Schulhort an der Münchner Straße 66a, der für insgesamt 160 Schulkinder einen Hortplatz bietet, sowie der zu erwartenden Zahl der Ganztagskinder (ca. 100 Schüler) schlägt die Verwaltung vor, eine Interimslösung für insgesamt 180 Hortplätze sowie insgesamt 180 Mittagsbetreuungsplätze zu schaffen.

Damit wäre folgende Betreuungssituation bis zur Fertigstellung der zweiten Grundschule sowie des neuen Betreuungsangebots an der Schulstraße (erste Grundschule) zum Schulstart 2020/2021 geschaffen:

Hort Münchner Straße 66a:	160 Plätze	(bereits Bestand)
Ganztagesklasse (GS Schulstraße):	100 Plätze	(bereits Bestand)
Hort interim Straßäckerallee:	180 Plätze	(noch zu bauen)
MiB interim Straßäckerallee:	180 Plätze	(noch zu bauen)
Gesamt Nachmittagsbetreuung:	620 Plätze	

Auf Grund der steigenden Schülerzahlen hat die Schulleitung Frau Hillen zudem mitgeteilt, dass ab dem Schuljahr 2017/2018 mit einem siebenzügigen ersten Klassenjahrgang (Klassen 1a – 1g) zu rechnen sei. Zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs bis zum Schuljahr 2020/2021 seien noch zusätzlich drei Klassenzimmer erforderlich.

Um diesen Bedarf bis zur Realisierung der 2. Grundschule an der Mitterfeldallee zu decken, sind auch hier auf dem Schulgelände noch zusätzliche Module zur Verfügung zu stellen.

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Für die Übergangszeit könnten Module für die vorgestellten Zwischenlösungen (Hort/MIB an der Straßäckerallee und drei zusätzliche Klassenzimmer) angemietet oder auch erworben werden. Hierfür sind im Haushalt 2017 keine Mittel angemeldet.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl stellt nach § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat einen Antrag auf getrennte Abstimmung. Hierbei soll über den ersten Absatz (Berücksichtigung des bestehenden Stammhauses bei den Neuplanungen) separat entschieden werden. Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des Geschäftsordnungsantrages abstimmen:

Beschluss: 23:0

Nachdem der Antrag zur Geschäftsordnung zugelassen ist, lässt der Vorsitzende nunmehr inhaltlich über die getrennte Abstimmung beschließen. Hierbei soll über den ersten Absatz (Berücksichtigung des bestehenden Stammhauses bei den Neuplanungen) separat entschieden werden:

Beschluss: 23:0

Getrennte Abstimmung:

Nachdem der Antrag zur Geschäftsordnung auf getrennte Abstimmung einstimmig angenommen wurde, lässt der Vorsitzende separat über den ersten Absatz (Berücksichtigung des bestehenden Stammhauses bei den Neuplanungen) entscheiden.

Beschluss: 15:8

Der Gemeinderat nimmt die Empfehlungen der Verwaltung, des Architekturbüros Urbanes Wohnen, München und des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, dass die Gebäude für die Nachmittagsbetreuung (Module und das sog. Engelhardtthaus) auf dem bisherigen Grundstück an der Schulstraße abgerissen werden. Das Stammhaus (Hort) bleibt bestehen und ist als Teil der Neuplanungen zu berücksichtigen.

Nachdem der erste Absatz mehrheitlich beschlossen wurde, lässt der Vorsitzende abschließend über den weiteren Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 23 : 0

Für die Übergangszeit sind ab 2017, bis zur geplanten Inbetriebnahme der neu geplanten Betreuungseinrichtungen (MIB/Hort) an der Schulstraße

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

(Grundschule 1) und des neuen Schulcampus an der Mitterfeldallee in 2020, entsprechende Ersatzbauten auf gemeindeeigenen Flächen (ggf. unter Einbeziehung der Flächen des privaten Grundstückseigentümers) im Bereich an der Straßäckerallee zu realisieren.

Weiter sind im Hinblick auf die steigende Schülerzahl und der damit verbundenen Auslastung des bestehenden Grundschulgebäudes an der Schulstraße für die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs zusätzliche Module für drei Klassenzimmer aufzustellen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen (Durchführung einer beschränkt öffentliche Ausschreibung und Auftragserteilung etc.) zum Kauf der Module vorzunehmen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von rund 4.5 Mio.€ werden zur Verfügung gestellt und sind im Haushalt 2017 (evtl. ff) einzuplanen.

AZ 6100
Bauamt

495 23

Neubau Volkshochschule mit Musikschule Unterföhring; Vorstellung der Entwurfsplanung mit Kostenberechnung (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau,- Verkehrs und Grundstücksausschuss)

Der Bürgermeister bringt den Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 28.06.2016, Nr. 269, bestätigt durch Beschluss des Gemeinderates vom 14.07.2016, Nr. 417, in Erinnerung, mit welchen den vorgelegten Vorplanungen, Stand 24.06.2016, der Gebäude-, Freianlagen- und Fachplanungen zu Leistungsphase 2 HOAI 2013 unter folgenden Anregungen und Anmerkungen zugestimmt wurde:

- ☐ Im Rahmen der weiteren Planung sind Einsparungsvorschläge (z.B. Brunnenanlagen) aufzuzeigen und zur Entscheidung vorzubereiten. Hierbei sind die Nutzer mit einzubeziehen.
- ☐ Der Variante 1 des planenden Architekten der Arbeitsgemeinschaft hirner & riehl architekten und stadtplaner BDA, München, lab landschaftsarchitektur brenner Partnerschaft mbB, Landshut, kauba architektur, München, zur Ausführung der Rampenüberdachung als Sitztreppe wird zugestimmt.
- ☐ Der Empfehlung des planenden Ingenieurbüros Planungsbüro Bummer Hof Planungs-GmbH, Bad Kötzing, zur Reduzierung auf ein Heiz- und Kühlsystem, entfall von Heizkörpern, Beheizung und Kühlung Gebäude über Flächenheizsystem wie Fußbodenheizung (Variante 2a vom 24.06.2016) sowie der dargelegten Kosteneinsparung wird zugestimmt. Dabei wird ausdrücklich festgelegt, dass bei 32° Außentemperatur eine Innenraumtemperatur von 26° erreicht wird.

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

- ☐ Zur Entscheidung über die Realisierung einer Photovoltaikanlage ist durch das planende Ingenieurbüro R. Wieder GmbH, Erding, eine Amortisationsberechnung vorzulegen. Hierbei sind die Auslastung der Anlage auf Grundlage allgemeiner Angaben sowie die bisherige Erfahrung des planenden Büros zu Grunde zu legen.
- ☐ Dem Nutzerwunsch auf offenbare Fenster wird entsprochen.
- ☐ Darüber hinaus sind die weiteren seitens Haustechnik ELT und HLS vorgeschlagenen und im Prüfbericht der Projektsteuerung Hitzler Ingenieure vom 24.06.2016 aufgezeigten Einsparpotentiale nicht zu berücksichtigen.

Auf Grundlage der vorgelegten Vorplanung und unter Berücksichtigung der vorgenannten Anregungen und Anmerkungen ist die Planung unter Einbeziehung der Nutzer fortzuführen und als Entwurfsplanung mit Kostenberechnung nach DIN 276 dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Auf Grundlage vorgenannter Beschlussfassung wurden durch die Planer unter Einbeziehung der Nutzer die Entwurfsplanungen erarbeitet.

Durch die Objekt-, Freianlagen-, HLS-, ELT- und Tragwerksplanung wurde der erste Stand der Kostenberechnung am 19.09.2016 bei der Projektsteuerung eingereicht und durch diese um die Kostengruppe 700 zu folgender vorläufigen Kostenaufstellung ergänzt:

Kostenberechnung Stand 23.09.2016

Kostengruppe 200 brutto	109.480,00 €
Kostengruppe 300 brutto	14.276.097,00 €
Kostengruppe 400 brutto	5.363.094,38 €
Kostengruppe 500 brutto	1.717.108,12 €
Kostengruppe 600 brutto	462.320,00 €
Kostengruppe 200 - 600 brutto	21.928.099,50 €
Kostengruppe 700 brutto	5.499.234,16 €
Kostengruppe 200 - 700 brutto	27.427.333,66 €

Nach Zusammenstellung der durch die Planer eingereichten Kosten wurde eine deutliche Überschreitung der durch den Gemeinderat mit Anregungen und Anmerkungen freigegebenen Kostenschätzung in Höhe von 25.419.933,08 € brutto (Kostengruppen 200 – 700) festgestellt. Aus diesem Grunde wurde festgelegt, dass die vorgelegte Planung durch die Planer auf Einsparmöglichkeiten geprüft wird und Einsparmaßnahmen gemäß Beschluss des Gemeinderates vom 14.07.2016, Nr. 417, aufzuzeigen sind.

Da die größten Einsparpotentiale im Bereich der Qualitäten und Standards liegen, wurden seitens der Planer in Abstimmung mit der Projektleitung und Projektsteuerung drei Ausführungsvarianten sowie einzelne unabhängige Aufbauoptionen auf Basis der bestehenden Planung erarbeitet. Zunächst wurde eine Basisvariante ausgearbeitet, die die grundsätzliche Planung umsetzt, jedoch im Vergleich zur Kostenberechnung insbesondere im Bereich der Materialauswahl (z.B. bei Bodenbelägen, Wand- und

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Deckenbekleidungen) Standardqualitäten abbildet. Auf dieser Grundausrüstung aufbauend werden ein erhöhter und ein hoher Standard (der die bisherige Planung abbildet) dargestellt.

Die zusätzlichen Kosten für die Einhaltung der Versammlungsstättenverordnung (VStättV) in Höhe von 73.000,00 € brutto sind in allen Kostenpaketen bereits enthalten.

Die folgende Aufstellung stellt die Qualitäten die in den drei Ausstattungsvarianten hinterlegt sind dar. Eine ausführliche Aufstellung der Ausstattungsstandards mit den zugehörigen Kosten ist in der Anlage 13 zum Prüfbericht der Projektsteuerung dargestellt.

	Paket 1 - Basisausstattung	Paket 2 - erhöhter Ausstattungs- standard	Paket 3 - hoher Ausstattungs- standard
Hochbau			
Fassade:	Klinkervorsatzschale, Klinker rot, Betoneinfassung		+ Klinker grau
Innenwände Foyer/Flure:	Stahlbetonwände + Putz, ge- strichen	+ Sichtmauerwerk	+ Klinker grau
Innenwände Foyer/Flure:	Trockenbauvorsatzschale, gestrichen	+ Klinkervorsatzschale	+ Klinker grau
Verkleidung Sonnenschutz:	Alupaneel	+ Alulamellen	
P-R-Fassade mit Außentüren:	Alutüren	+ Holztüren	
Innentüren Foyer/Flure:	Stahltüren	+ Holztüren	
Fenster:	Fenster Außenfassaden mit Fensterflügel (Lamellenfenster nur in Fassaden Innenhöfe)		+ Lamellenfenster bei allen Fensteröffnungen
Fassade Treppenraum und Flur zu Innenhöfe:	Treppenraum geschlossen, Dachfenster, F0- Fassade	+ Verglasung Treppenraum, F30 Fassade Flur	
Oberlicht Dach Flure:	einzelne Lichtkuppeln	+ kleine Dachöffnungen - Lichtbänder	+ große Dachöffnungen - Lichtbänder
Oberlicht Dach Foyer:	kleine Dachöffnung		+ große Dachöffnung
Dachdeckung:	Kiesschüttung	+ Verblechung Titanzink	+ Verblechung Edelstahl
Regenrinne:	Rinne mit Bitumenabdichtung / Gefälledämmplatten	+ Rinne nicht sichtbar hinter Attika	
Gefälledämmung Flachd./Terrassen	EPS	+ PIR	
Spachtelung Stb.-Wände Tiefgarage	keine Spachtelung	+ Spachtelung Wände Tiefgarage	
Spachtelung Stb.-Decke Tiefgarage	keine Spachtelung	+ Spachtelung Decke Tiefgarage	
Bodenbelag Foyer/Flure:	Grauwacke	+ Terrazzo	
Bodenbelag Räume:	Parkett		
Deckenbekleidung Saal:	Holzlamellen Weißtanne		+ Holzlamellen in Eiche

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Deckenbekleidung Erschließungsmagistrale	Gipskartonplatten	+ Holzlamellendecke Erschließungsmagistrale	+ Holzlamellen in Eiche
Deckenbekleidung Räume:	Gipskartonplatten	+ Holzlamellendecke in Unterricht-/Büroräume	+ Holzlamellen in Eiche
Wandbekleidung Türnischen:	Gipskartonplatten	+ Holzlamellen	
Tafelflächen:	Whiteboards	+ Wandanstrich als Whiteboardfläche (in größeren Flächen)	
Trennwand kleiner Vortragssaal:	Holzbekleidung auf Trockenbauwand	+ Oberlichtband in Wand	
Innenfenster zu Turn-Gymnastiksaal:	keine Fensteröffnung	+ kleine Fensteröffnung	+ Fensteröffnung über gesamte Flurlänge
Sanitärtrennwände:	Standardausführung (z.B. HPL)		+ hochwertige Ausführung (z.B. Glas)
Geländer Treppen:	Metallstabgeländer mit Holm	+ geschlossene Holzwange	
Geländer Treppen Vorplatz:	Sichtbetonbrüstung	+ eingespannte Glasbrüstung	
Schließanlage:	Schlüssel	+ Transponder	
Sonnenschutz Innenhöfe:			+ Segel über Innenhöfe
Beleuchtung Innenhöfe:	Wandmontage	+ Seilüberspannung für abgeh. Leuchten	
Verkleidung Aufzug Vorplatz:	Verkleidung Faserzementplatten	+ Verglasung	
Freianlagen			
Beläge öffentlicher Bereich	Betonplatten	+ Naturstein	
Beläge vhs/MS	Betonplatten	+ Ortbeton	
Belag Skaterfläche	Asphaltfläche Standard	+ Asphaltfläche farbig	
Möblierung Kommunikationshof	Eichenbohlen		+ Bänke mit hohen Lehnen
HLS			
Lüftungsanlage	Lüftungsanlage (ohne Verwaltungsbereich)	+ Verwaltungsbereich	
Luftauslässe	Drallauslässe	+ Schlitzauslässe	
ELT			
Schalter- und Steckdosenprogramm		+ Anthrazit	
Beleuchtung Innenbereich	Allgemeinbeleuchtung	+ Stimmungslicht	
Kosten			
Mehrkosten brutto		1.433.348,29 €	589.196,38 €
Kosten (KGR 200-600) brutto	19.461.372,28 €	20.894.720,57 €	21.483.916,95 €
zzgl. Baunebenkosten brutto (KGR 700)	4.933.727,63 €	5.145.184,91 €	5.230.524,38 €
Gesamtkosten brutto (KGR 200-700)	24.395.099,91 €	26.039.905,48 €	26.714.441,33 €

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Die im Rahmen der Prüfung optimierte Kostenberechnung für die Ausstattungsvarianten ist jeweils für die Kostengruppen 200 – 700 nachfolgend dargestellt.

Kostenberechnung – <u>Basis Standard</u> - Stand 15.11.2016	
Kostengruppe 200 brutto	148.750,00 €
Kostengruppe 300 brutto	12.417.826,66 €
Kostengruppe 400 brutto	5.079.355,54 €
Kostengruppe 500 brutto	1.421.110,03 €
Kostengruppe 600 brutto	403.374,05 €
Kostengruppe 200 - 600 brutto	19.461.372,28 €
Kostengruppe 700 brutto	4.933.727,63 €
Kostengruppe 200 - 700 brutto	24.395.099,91 €

Kostenberechnung – <u>erhöhter Standard</u> - Stand 15.11.2016	
Kostengruppe 200 brutto	148.750,00 €
Kostengruppe 300 brutto	13.524.748,55 €
Kostengruppe 400 brutto	5.172.208,86 €
Kostengruppe 500 brutto	1.645.639,10 €
Kostengruppe 600 brutto	403.374,05 €
Kostengruppe 200 - 600 brutto	20.894.720,56 €
Kostengruppe 700 brutto	5.145.184,91 €
Kostengruppe 200 - 700 brutto	26.039.905,47 €

Kostenberechnung – <u>hoher Standard</u> - Stand 15.11.2016	
Kostengruppe 200 brutto	148.750,00 €
Kostengruppe 300 brutto	14.105.852,93 €
Kostengruppe 400 brutto	5.172.208,86 €
Kostengruppe 500 brutto	1.653.731,10 €
Kostengruppe 600 brutto	403.374,05 €
Kostengruppe 200 - 600 brutto	21.483.916,94 €
Kostengruppe 700 brutto	5.230.524,38 €
Kostengruppe 200 - 700 brutto	26.714.441,32 €

Seitens der Projektleitung wurde vorgegeben, keinen Puffer in der Kostenberechnung zu berücksichtigen, da bei den vorliegenden Kosten durch die Planer bereits auskömmliche Ansätze vorhanden sind.

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Aufgrund der nach wie vor bestehenden Abweichung der Basisausstattung zur Finanzplanung wurden die Kosten der Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage als Grundlage der Finanzplanung sowie die Kosten der nördlichen Erweiterung der Tiefgarage und Vorplatz getrennt betrachtet, welche sich wie folgt aufgliedern:

Kostenberechnung – Basis Standard - Stand 15.11.2016 Aufteilung nach Nutzungsbereichen				
Bauteil	VHS/MS	Tiefgarage unter VHS	Tiefgarage unter Vorplatz	Öffentlicher Bereich (außerhalb Gebäudekörper)
KGR 200 brutto	148.750,00 €	---	---	---
KGR 300 brutto	8.259.997,13 €	2.852.476,19 €	1.305.353,34 €	---
KGR 400 brutto	4.761.274,49 €	185.467,45 €	132.613,60 €	---
KGR 500 brutto	218.174,53 €	---	35.581,00 €	1.158.310,50 €
KGR 600 brutto	403.374,05 €	---	---	---
KGR 200 - 600 brutto	13.791.570,20 €	3.037.943,64 €	1.473.547,94 €	1.158.310,50 €
KGR 700 brutto	3.496.354,21 €	770.160,82 €	373.564,83 €	293.647,77 €
KGR 200-700 brutto	17.287.924,41 €	3.808.104,47 €	1.847.112,77 €	1.451.958,27 €

Die Kosten der Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage Kostengruppen 200 – 700 Basis Standard belaufen sich auf 21.096.028,88 € brutto und entsprechen somit den Ansätzen der Finanzplanung gemäß Architektenwettbewerb.

Neben der Festlegung der Qualitäten wurden Aufbauoptionen definiert, welche unabhängig vom Ausstattungsstandard umgesetzt werden können. **Die Kosten für die Aufbauoptionen sind in den oben dargestellten Ausstattungsvarianten nicht enthalten und können einzeln durch das Gremium entschieden werden.** Die weiteren mit den Nutzern abgestimmten Ausstattungen und Funktionalitäten sind in der Basisausstattung bereits enthalten.

Nachfolgende Aufbauoptionen werden zur Entscheidung vorgebracht:

	KGR	Kosten € brutto inkl. NK*
VHS/MS		
PV-Anlage (180 kWp)	400	428.400,00 €
PV-Anlage (100 kWp)	400	238.000,00 €
Sicherheitstechnik Tiefgarage (Notruf + Kameras)	400	56.495,25 €
Sonderleuchte Foyer	400	15.618,75 €
Brunnenanlage Bewegungshof	400/500	67.212,50 €
Lose Möblierung Klanggarten	500	32.725,00 €

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Öffentlicher Bereich Vorplatz		
4 Unterflur-Elektranten	400	58.012,50 €
alternativ: 8 Energiesäulen	400	44.327,50 €
Info-Screen	400	13.833,75 €
Brunnenanlage Vorplatz Nord	400/500	123.594,89 €

*Ansatz für Nebenkosten (KGR 700): 25%

Zu den Aufbauoptionen wird auf folgendes hingewiesen:

PV-Anlage:

Im Rahmen der Freigabe der Vorentwurfsplanung wurde festgelegt, dass für die Auslegung der PV- Anlage eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchgeführt werden soll. Da seitens der Bundesregierung Anfang 2017 eine Gesetzesänderung geplant ist, die derzeit nicht prognostizierbare Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der PV-Anlage haben kann, wird vorgeschlagen, die Entscheidung im Hinblick auf die Dimensionierung der PV-Anlage bis kurz vor den möglichen Ausführungszeitraum zurückzustellen und nur die notwendigen Vorrichtungen bauseits herzustellen.

Sicherheitstechnik Tiefgarage (Notruf + Kameras)

Für die Überwachung der Zugänge sind in den einzelnen Bereichen Kameras eingesetzt. Im Rahmen der Auftraggeber-Jour-Fixe wurde unter Bezug auf die Sicherheit insbesondere Frauenparkplätze die Flächendeckende Überwachung der Tiefgarage und Ausrüstung mit einem Notrufsystem untersucht und als Aufbauoption zur Entscheidung dargestellt. Die Umsetzung ist zu entscheiden.

Sonderleuchte Foyer:

Seitens planenden Architekturbüro Hirner & Riehl wird die Anbringung einer Sonderleuchte im Foyer aus gestalterischen Gesichtspunkten vorgeschlagen. Die Sonderleuchte soll in der Mitte des Foyers als künstlerisch gestaltete Leuchte ausgeführt werden. Die Leuchte besteht aus drei vertikalen Streben mit angebauten Elementen/Strahlern einschließlich Deckenmontageplatten, Stahlrohren, Bohrungen, etc. Die Konstruktion soll ähnlich Schwarzstahl metallischen Charakter aufweisen. Die Sonderleuchte hat über den gestalterischen Aspekt keine weitere Funktion. Die Grundbeleuchtung ist sichergestellt. Ein technisches Erfordernis besteht nicht. Die Kosten in Höhe von 15.618,75 € brutto sind derzeit nicht in den Kostenpaketen enthalten.

Brunnenanlage Bewegungshof (Kommunikationshof):

In der Kostenschätzung zum Vorentwurf sind 11.900,00 € brutto für einen Brunnen im Bewegungshof (Kommunikationshof) enthalten. In Abstimmung zwischen der Freianlagenplanung und der HLS-Planung wurde die technische Ausrüstung der Brunnenanlage durch die HLS-Planung übernommen und zur Minimierung der wiederkehrenden Arbeiten, u. a. Algen- und Kalk entfernen, die technischen Anlagen optimiert bzw. der technische Aufwand erhöht. Das Entfernen von Laubfall der angrenzenden Bäume ist durch keine technische Anlage möglich und muss auch weiterhin durch die Haustechnik erfolgen. Die Kosten in Höhe von 67.212,50 € brutto einschließlich Nebenkosten sind als

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

auskömmlich angegeben. Auf den laufenden Unterhalt und Personaleinsatz zur Instandhaltung und Reinigung wird hingewiesen.

Lose Möblierung Klanggarten:

Die lose Möblierung Klanggarten kann zum jetzigen Zeitpunkt entfallen, wird jedoch nach Beschreibung des Nutzers zur Nutzung des Klanggartens für Musikdarbietungen zu einem späteren Zeitpunkt erforderlich werden. Die Möblierung aus dem Gebäude ist aufgrund Witterungseinflüsse im Außenbereich nur bedingt geeignet. Eine spätere Beschaffung in Abstimmung zwischen Verwaltung und Nutzer ist jedoch jederzeit möglich.

Unterflur-Elektranten / Energiesäulen:

In Abstimmung mit dem Kulturstadamt sollen in den öffentlichen Außenbereichsflächen für z.B. die Abhaltung von Märkten und anderen Veranstaltungen Anschlussmöglichkeiten für Strom, Wasser und Netzwerk errichtet werden. Seitens planenden Architekten werden keine aufgehenden Energiesäulen gewünscht und unterirdische Unterflur-Elektranten vorgeschlagen. Durch die Fachplanung ELT werden die Kosten für vier Unterflur-Elektranten mit 58.012,50 € brutto zzgl. Entwässerung und alternativ acht Energie-Säulen mit 44.327,50 € brutto angegeben. Die Massenerhöhung der Energiesäulen zu den Unterflurhydranten ist den unterschiedlichen Ausstattungsmöglichkeiten geschuldet.

Info-Screen:

Seitens der Nutzer wurde ein Infoscreen im Bereich des Vorplatzes gewünscht und stellt ausschließlich einen Wunsch dar. Ein technisches Erfordernis besteht nicht. Die Kosten sind mit 13.833,75 € als zusätzliche Kosten zu den Ausstattungspaketen angegeben.

Brunnenanlage Vorplatz:

Für die Brunnenanlage Vorplatz sind 35.343,00 € brutto in der Kostenschätzung Freianlagen vom 21.06.2016 enthalten. In Abstimmung unter den Fachplanungen Freianlagen und HLS wurde die technische Ausplanung durch die Fachplanung HLS übernommen und u. a. der Technikeinsatz zur Minderung der Instandhaltungsarbeiten erhöht. Das Entfernen von Laubfall der angrenzenden Bäume ist durch keine technische Anlage möglich und muss auch weiterhin durch die Haustechnik (Unterhalt der Außenanlagen durch gemeindliche Mitarbeiter) erfolgen. Die Kosten in Höhe von 123.594,89 € brutto einschließlich Nebenkosten sind als auskömmlich angegeben. Auf den laufenden Unterhalt und Personaleinsatz zur Instandhaltung und Reinigung wird hingewiesen.

Straßen- und Vorplatzbeleuchtung (öffentlicher Bereich)

In der aktuellen Kostenberechnung der Fachplanung ELT sind die vom planenden Architekturbüro ARGE Hirner & Riehl, lab Brenner vorgeschlagenen 4-m Mastleuchten LED entlang Gebäude z.B. Fabrikat Simes „Avenue“ 1 Ausleger, Stückpreis 2.975,00 € brutto, 6m-Mastleuchte LED entlang Gebäude z.B. Fabrikat Simes „Avenue“ – 2- Ausleger, Stückpreis

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

5.236,00 € brutto, und Mastleuchte Vorplatz Fabrikat Hess, Stückpreis 3510,50 € brutto enthalten.

Im Bereich des Vorplatzes wird weiter durch die ArGe Hirner & Riehl, lab Brenner die Beschränkung auf fünf Standleuchten gewünscht.

Durch die Fachplanung ELT, dem Ingenieurbüro R. Wieder, wird darauf hingewiesen, dass durch diese Einschränkung keine flächige Ausleuchtung von 5 lx erreicht wird. Für eine flächige Ausleuchtung nur für Fußgänger mit 5lx sind 10 Stück erforderlich. Als Basis für den Entwurf wurde von einer flächigen Beleuchtung von 10lx für Fußgänger und Fahrradfahrer mit 13 Stück ausgegangen.

Nachdem für ein einheitliches Erscheinungsbild der Unterföhringer Ortsmitte die Leuchtauswahl nicht nur ausschließlich für den Bereich der Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage maßgeblich ist und somit in den weiteren Bauabschnitten fortgesetzt werden sollte, sind sowohl die erstmaligen Errichtungskosten als auch der Unterhaltungsaufwand für das Gesamtgebiet zu betrachten.

Aufgrund der dauerhaften Unterhaltung der Beleuchtung wurde Kontakt mit den Bayernwerken aufgenommen. Durch Herrn Kostner, Bayernwerke wurde im persönlichen Gespräch am 03.11.2016 mitgeteilt, dass es sich bei den vom Architekten vorgeschlagenen Leuchten um keine Leuchten aus dem Standardprogramm der Bayernwerke und somit um Sonderleuchten handelt. Errichtung und Unterhalt durch die Bayernwerke sind eigenständig zu prüfen.

Mit E-Mail vom 07.11.2016 wurde das planende Architekturbüro Hirner & Riehl um Stellungnahme zu den seitens Bayernwerk mit E-Mail vom 04.11.2016 mitgeteilten Auswahl an technischen Leuchten aus dem Lieferprogramm der Bayernwerke aufgefordert. Im Bauherrn-Jour-Fixe am 10.11.2016 teilte Herr Radlingmayr auf Nachfrage mit, dass seitens planenden Architekturbüro Hirner & Riehl keine Auswahl aus den alternativen technischen Leuchten getroffen werden kann.

Weiter teilten die Bayernwerke mit E-Mail vom 15.11.2016, Herr Dallmayr, mit, dass zu den vom Architekten vorgeschlagenen Leuchten Avenue der Firma Simes keine Angaben gemacht werden können. Die Leuchte der Firma Hess kann zwar durch die Bayernwerke errichtet, jedoch keine Wartung übernommen werden. Die Stellungnahme der Bayernwerke stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

Leuchtentyp	Systemleistung	Errichtungs- kosten incl. Mast (zzgl. MwSt.)	Wartungs- kosten	Bemerkungen
Selux Astro 1	44 W	1.520 €	24,41 €/a	a) Standleuchte beim Bayernwerk b) Wartung im Rahmen des bestehenden Wartungsvertrags

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Siteco DL 20	38 W	1.440 €	24,01 €/a (6,16 €/a + 17,85 €/a)	a) Leuchte bleibt im Eigentum der Gemeinde b) zur Übernahme der Wartung ist der Abschluss einer Zusatzvereinbarung notwendig (17,85 €/a) c) Schäden durch Dritte werden separat verrechnet
Hess Agena	40 W	2.400 €	6,16 €/a	a) keine Übernahme der Wartung durch das Bayernwerk b) Kostenpauschale nur für die Führung und Instandhaltung des Straßenbeleuchtungsnetzes wird verrechnet
Simes Avenue	?	nicht angeboten	6,16 €/a	a) keine Errichtung durch das Bayernwerk b) keine Übernahme der Wartung durch das Bayernwerk c) Kostenpauschale nur für die Führung und Instandhaltung des Straßenbeleuchtungsnetzes wird verrechnet

Aufgrund der grundlegenden Entscheidung der Leuchtauswahl für das Gesamtgebiet Unterföhringer Ortsmitte wird seitens Verwaltung empfohlen, die Entscheidung der Lampenwahl zurückzustellen und in einer der kommenden Sitzungen eine Bemusterung der vorgeschlagenen Leuchten des planenden Architekturbüro Hirner & Riehl sowie mit zusätzlichen Leuchten aus dem Lieferprogramm der Bayernwerke durchzuführen. Die Flächen sind ausreichend zu beleuchten. Nutzungseinschränkungen erfolgen nicht.

Haupteingangstür

Durch die Objektplanung werden an der Nordseite als Hauptzugang zwei doppelflügelige Rahmentüren geplant. Aufgrund bisheriger Erfahrungen wird seitens der Verwaltung angeregt, aufgrund der hohen Frequentierung und hörbarer Nähe zum Vortragssaal, die Hauptzugangstüre als Schiebetürenanlage auszuführen.

Möblierung Hausmeisterwohnung:

Die Hausmeisterwohnung befindet sich im südlichen Bereich des Gebäudes im Obergeschoss. Sie hat zwei Zimmer, einen großzügigen Ess- und Wohnbereich, eine Küche, ein Bad sowie eine Loggia. Neben dem größeren Schlafzimmer befindet sich ein Abstellraum, der durch zwei Einbauschränke mit stirnseitiger Schiebetüre gebildet wird. Die Hausmeisterwohnung besitzt einen eigenen Zugang, der nur als Fluchtweg über den Panikbeschlag für die Schüler der Musikschule zugänglich ist. Für die zwei Einbauschränke sind als

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

begehbbarer Einbauschränk 5.000,- € brutto in der Kostenberechnung des planenden Architekturbüros ArGe Hirner & Riehl, lab brenner, kauba Architekten, enthalten. Es wird empfohlen, die Wohnung unmöbliert zu vermieten.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Hausmeisterwohnung in der vergangenen Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses am 29.11.2016 nicht näher thematisiert wurde und in allen Kostenpaketen bereits enthalten ist.

Termine:

Im vergangenen Bauherrn-Jour-Fixe am 24.11.2016 wurde seitens der Planungsbeteiligten ein Fertigstellungstermin zum 08.03.2019 mitgeteilt. Seitens der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass dieser Termin vom vertraglich geschuldeten Fertigstellungstermin abweicht und der Genehmigung des Gemeinderates bedarf. Der Bürgermeister teilte dem anwesenden Architekturbüro Hirner & Riehl in der vergangenen Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses am 29.11.2016 klar mit, dass er weiterhin die vertraglich vereinbarte Fertigstellung zum 31.12.2018 erwartet.

Mit Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 29.11.2016, Nr. 331, wurde dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

Dem Paket 2 – erhöhter Ausstattungsstandard - wird mit folgenden Inhalten zugestimmt:

	Paket 2 erhöhter Ausstattungsstandard	
Hochbau		
Fassade:	Klinkervorsatzschale, Klinker rot, Betoneinfassung	in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
Verkleidung Sonnenschutz:	+ Alulamellen	25.951,20 €
P-R-Fassade mit Außentüren:	+ Holztüren	102.788,87 €
Innentüren Foyer/Flure:	+ Holztüren	38.587,67 €
Fenster:	Fenster Außenfassaden mit Fensterflügel	in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
	Lamellenfenster nur in Fassaden zu den Innenhöfe	in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
Fassade Treppenraum und Flur zu Innenhöfe:	+ Verglasung Treppenraum, F30 Fassade Flur	50.737,55 €
Oberlicht Dach Flure:	+ kleine Dachöffnungen - Lichtbänder	6.609,69 €
Oberlicht Dach Foyer:	kleine Dachöffnung	in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
Dachdeckung:	+ Verblechung Titankzink	10.419,80 €
Regenrinne:	+ Rinne nicht sichtbar hinter Attika	24.575,00 €
Gefälledämmung Flachd./Terrassen	+ PIR	11.009,60 €
Stb.-Wände Tiefgarage	+ Spachtelung	11.501,10 €

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Stb.-Decke Tiefgarage	+ Spachtelung	17.654,68 €
Tafelflächen:	+ Wandanstrich als Whiteboardfläche (in größeren Flächen)	14.646,70 €
Trennwand kleiner Vortragssaal:	+ Oberlichtband in Wand	25.073,87 €
Innenfenster zu Turn-Gymnastiksaal:	+ kleine Fensteröffnung	25.372,70 €
Sanitär trennwände:	Standardausführung (z.B. HPL)	in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
Geländer Treppen:	+ geschlossene Holzwanne	8.767,87 €
Geländer Treppen Vorplatz:	+ eingespannte Glasbrüstung	20.643,00 €
Schließanlage:	+ Transponder	55.068,64 €
Sonnenschutz Innenhöfe:	+ Segel über Innenhöfe	
Beleuchtung Innenhöfe:	+ Seilüberspannung für abgeh. Leuchten	37.059,10 €
Verkleidung Aufzug Vorplatz:	+ Verglasung Verkleidung Faserzementplatten	15.138,20 € in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
Freianlagen		
Beläge öffentlicher Bereich	+ Naturstein	196.350,00 €
Belag Skaterfläche	+ Asphaltfläche farbig	4.855,00 €
Möblierung Kommunikationshof	Eichenbohlen	in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
HLS		
Lüftungsanlage	+ Verwaltungsbereich	45.181,92 €
Luftauslässe	+ Schlitzauslässe	12.566,40 €
ELT		
Schalter- und Steckdosenprogramm	+ Anthrazit	7.140,00 €
Beleuchtung Innenbereich	+ Stimmungslicht	27.965,00 €
Mehrkosten KGR 200-600 brutto zu Paket 1 – Basisausstattung		751.369,58 €

Weiter wird folgenden Aufbauoptionen zugestimmt:

<i>Aufbauoptionen einschließlich 25 % BNK (KGR 700)</i>	
<i>Sicherheitstechnik Tiefgarage (Notruf + Kameras)</i>	56.495,25 €
<i>Brunnenanlage Bewegungshof</i>	67.212,50 €
<i>Loose Möblierung Klanggarten</i>	32.725,00 €
<i>Öffentlicher Bereich Vorplatz</i>	
<i>Unterflur-Elektanten</i>	58.012,50 €
<i>Energiesäulen</i>	44.327,50 €
<i>Info-Screen</i>	13.833,75 €
<i>Brunnenanlage Vorplatz Nord</i>	123.594,89 €
Gesamt brutto:	251.936,39 €

Zusammenstellung der beschlossenen Kosten

Paket 1 - Basisausstattung	19.461.372,28 €
Mehrkosten aus beschlossenen Teilen Paket 2 – erhöhter Standard	751.369,58 €

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

KGR 200 - 600:	20.212.741,86 €
KGR 700	5.124.918,45 €
Aufbauoptionen	251.936,39 €
Gesamt brutto:	25.589.596,70 €

Am Hauptzugang (Nord) ist eine Schiebetürenanlage umzusetzen.

Folgende Festlegungen der Pakete und Aufbauoptionen sind in der weiteren Planung zu untersuchen und in einer der kommenden Sitzungen mit zweckentsprechenden Mustern dem Gremium zur abschließenden Entscheidung vorzulegen:

Pakete:

	Paket 2 - erhöhter Ausstattungsstandard		Paket 3 - hoher Ausstattungsstandard	
Hochbau				
Innenwände Foyer/Flure:	+ Sichtmauerwerk	144.776,24 €		
Innenwände Foyer/Flure:	+ Klinkervorsatzschale	122.118,09 €		
Bodenbelag Foyer/Flure:	+ Terrazzo	55.554,25 €		
Bodenbelag Räume:	Parkett			
Deckenbekleidung Saal:	Holzlamellen Weißtanne		+ Holzlamellen in Eiche	8.060,60 €
Deckenbekleidung Erschließungsmagistrale	+ Holzlamellendecke Erschließungsmagistrale	86.759,58 €	+ Holzlamellen in Eiche	23.660,81 €
Deckenbekleidung Räume:	+ Holzlamellendecke in Unterricht-/Bürräume	185.787,00 €	+ Holzlamellen in Eiche	51.165,15 €
Wandbekleidung Türnischen:	+ Holzlamellen	10.321,50 €		
Freianlagen				
Beläge vhs/MS	+ Ortbeton	32.368,07 €		
mögliche Mehrkosten brutto		637.684,73 €		82.886,56 €

Aufbauoptionen:

Aufbauoptionen	
PV-Anlage (180 kWp)	428.400,00 €
PV-Anlage (100 kWp)	238.000,00 €
Sonderleuchte Foyer	15.618,75 €

Vor abschließender Entscheidung zur Straßenbeleuchtung ist eine Bemusterung der Leuchtenwahl in einer der kommenden Sitzungen des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses durchzuführen auf dessen Grundlage eine ausreichende Beleuchtung ohne Nutzungseinschränkung sicherzustellen ist. Die Kosten sind entsprechend nachzuführen.

Die Planung und Umsetzung der Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage auf dem Grundstück Fl. Nr. 201 ist unter vorgenannten Vorgaben weiterzuführen und die entsprechenden Mittel in den Haushalt der kommenden Jahre unter 3501.9420 (Baukosten Hochbau) und 3501.9490 (Baunebenkosten) einzustellen.

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Bauausschuss-Mitgliedern für die jeweilige Fraktion am 29.11.2016 die umfangreiche Unterlagen (ein DinA4-

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Ordner) bereitgestellt wurden. Der Fraktion der Grünen/Bündnis 90 werden diese Unterlagen (DinA4-Ordner) mit den Unterlagen zugestellt.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Mecke ist im Sinne des Art. 49 Abs. 2 der Gemeindeordnung persönlich beteiligt und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium schließt sich der Empfehlung des Bau- Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 29.11.2016, Nr. 331, wie Folgt an:

Dem Paket 2 – erhöhter Ausstattungsstandard - wird mit folgenden Inhalten zugestimmt:

	Paket 2 erhöhter Ausstattungsstandard	
Hochbau		
Fassade:	Klinkervorsatzschale, Klinker rot, Betoneinfassung	in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
Verkleidung Sonnenschutz:	+ Alulamellen	25.951,20 €
P-R-Fassade mit Außentüren:	+ Holztüren	102.788,87 €
Innentüren Foyer/Flure:	+ Holztüren	38.587,67 €
Fenster:	Fenster Außenfassaden mit Fensterflügel	in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
	Lamellenfenster nur in Fassaden zu den Innenhöfe	in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
Fassade Treppenraum und Flur zu Innenhöfe:	+ Verglasung Treppenraum, F30 Fassade Flur	50.737,55 €
Oberlicht Dach Flure:	+ kleine Dachöffnungen - Lichtbänder	6.609,69 €
Oberlicht Dach Foyer:	kleine Dachöffnung	in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
Dachdeckung:	+ Verblechung Titankzink	10.419,80 €
Regenrinne:	+ Rinne nicht sichtbar hinter Attika	24.575,00 €
Gefälledämmung Flachd./Terrassen	+ PIR	11.009,60 €
Stb.-Wände Tiefgarage	+ Spachtelung	11.501,10 €
Stb.-Decke Tiefgarage	+ Spachtelung	17.654,68 €
Tafelflächen:	+ Wandanstrich als Whiteboardfläche (in größeren Flächen)	14.646,70 €
Trennwand kleiner Vortragssaal:	+ Oberlichtband in Wand	25.073,87 €
Innenfenster zu Turn-Gymnastiksaal:	+ kleine Fensteröffnung	25.372,70 €
Sanitärtrennwände:	Standardausführung (z.B. HPL)	in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
Geländer Treppen:	+ geschlossene Holzwanne	8.767,87 €
Geländer Treppen Vorplatz:	+ eingespannte Glasbrüstung	20.643,00 €

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Schließanlage:	+ Transponder	55.068,64 €
Sonnenschutz Innenhöfe:	+ Segel über Innenhöfe	
Beleuchtung Innenhöfe:	+ Seilüberspannung für abgeh. Leuchten	37.059,10 €
Verkleidung Aufzug Vorplatz:	+ Verglasung Verkleidung Faserzementplatten	15.138,20 € in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
Freianlagen		
Beläge öffentlicher Bereich	+ Naturstein	196.350,00 €
Belag Skaterfläche	+ Asphaltfläche farbig	4.855,00 €
Möblierung Kommunikationshof	Eichenbohlen	in Paket 1 – Basisausstattung enthalten
HLS		
Lüftungsanlage	+ Verwaltungsbereich	45.181,92 €
Luftauslässe	+ Schlitzauslässe	12.566,40 €
ELT		
Schalter- und Steckdosenprogramm	+ Anthrazit	7.140,00 €
Beleuchtung Innenbereich	+ Stimmungslicht	27.965,00 €
Mehrkosten KGR 200-600 brutto zu Paket 1 – Basisausstattung		751.369,58 €

Weiter wird folgenden Aufbauoptionen zugestimmt:

<i>Aufbauoptionen einschließlich 25 % BNK (KGR 700)</i>	
<i>Sicherheitstechnik Tiefgarage (Notruf + Kameras)</i>	56.495,25 €
<i>Brunnenanlage Bewegungshof</i>	67.212,50 €
<i>Loose Möblierung Klanggarten</i>	32.725,00 €
<i>Öffentlicher Bereich Vorplatz</i>	
<i>Unterflur-Elektanten</i>	58.012,50 €
<i>Energiesäulen</i>	44.327,50 €
<i>Info-Screen</i>	13.833,75 €
<i>Brunnenanlage Vorplatz Nord</i>	123.594,89 €
Gesamt brutto:	251.936,39 €

Zusammenstellung der beschlossenen Kosten

Paket 1 - Basisausstattung	19.461.372,28 €
Mehrkosten aus beschlossenen Teilen Paket 2 – erhöhter Standard	751.369,58 €
KGR 200 - 600:	20.212.741,86 €
KGR 700	5.124.918,45 €
Aufbauoptionen	251.936,39 €
Gesamt brutto:	25.589.596,70 €

Am Hauptzugang (Nord) ist eine Schiebetürenanlage umzusetzen.

Folgende Festlegungen der Pakete und Aufbauoptionen sind in der weiteren Planung zu untersuchen und in einer der kommenden Sitzungen mit zweckentsprechenden Mustern dem Gremium zur abschließenden Entscheidung vorzulegen:

Pakete:

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

	Paket 2 - erhöhter Ausstattungsstandard		Paket 3 - hoher Ausstattungsstandard	
Hochbau				
Innenwände Foyer/Flure:	+ Sichtmauerwerk	144.776,24 €		
Innenwände Foyer/Flure:	+ Klinkervorsatzschale	122.118,09 €		
Bodenbelag Foyer/Flure:	+ Terrazzo	55.554,25 €		
Bodenbelag Räume:	Parkett			
Deckenbekleidung Saal:	Holzlamellen Weißtanne		+ Holzlamellen in Eiche	8.060,60 €
Deckenbekleidung Erschließungsmagistrale	+ Holzlamellendecke Erschließungsmagistrale	86.759,58 €	+ Holzlamellen in Eiche	23.660,81 €
Deckenbekleidung Räume:	+ Holzlamellendecke in Unterricht-/Büroräume	185.787,00 €	+ Holzlamellen in Eiche	51.165,15 €
Wandbekleidung Türrischen:	+ Holzlamellen	10.321,50 €		
Freianlagen				
Beläge vhs/MS	+ Ortbeton	32.368,07 €		
mögliche Mehrkosten brutto	637.684,73 €		82.886,56 €	

Aufbauoptionen:

Aufbauoptionen	
PV-Anlage (180 kWp)	428.400,00 €
PV-Anlage (100 kWp)	238.000,00 €
Sonderleuchte Foyer	15.618,75 €

Vor abschließender Entscheidung zur Straßenbeleuchtung ist eine Bemusterung der Leuchtenwahl in einer der kommenden Sitzungen des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses durchzuführen auf dessen Grundlage eine ausreichende Beleuchtung ohne Nutzungseinschränkung sicherzustellen ist. Die Kosten sind entsprechend nachzuführen.

Die Planung und Umsetzung der Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage auf dem Grundstück Fl. Nr. 201 ist unter vorgenannten Vorgaben weiterzuführen und die entsprechenden Mittel in den Haushalt der kommenden Jahre unter 3501.9420 (Baukosten Hochbau) und 3501.9490 (Baunebenkosten) einzustellen.

Darüber hinaus wird der Bürgermeister ermächtigt, den Bauantrag zur Errichtung der VHS mit Musikschule und Tiefgarage beim Landratsamt München zur Baugenehmigung einzureichen, wenn die Planungen und Inhalte dem Vorentwurf, Stand: 29.11.2016 und 08.12.2016, entsprechen. Der Bauantrag ist dem Gremium in seiner kommenden Sitzungen zur Kenntnis zu bringen.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Mecke ist im Sinne des Art. 49 Abs. 2 der Gemeindeordnung persönlich beteiligt und hat an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen.

AZ 621
Bauamt

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

496 23 **Tiefgarage am Bürgerfestplatz; Vorstellung der Vorplanung
(Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehrs- und
Grundstücksausschuss)**

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.09.2016, Nr.311, in Erinnerung. Darin wurde beschlossen, dass die Variante C, Stand 19.09.2016, mit den Maßen (Länge 185,00 m x Breite 68,00 m) und 509 Stellplätzen mit vier durchgehenden Fahrgassen als Grundlage für die weitere Planung der Tiefgarage dient.

Weiter verweist der Erste Bürgermeister auf die Behandlung (ohne Beschlussfassung) in der vergangenen Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses am 18.10.2016, Nr.327, in welcher mitgeteilt wurde, dass aufgrund der GEOVOL- Baumaßnahmen Energiezentrale II noch Anpassungen an der Nordseite (im Bereich der Freiflächen, auf Höhe Bohrplatz) erforderlich sind. Ein erster Entwurf - Übersichtsplan vom 11.10.2016 wurde dem Gremium zugestellt

Zwischenzeitlich fanden mehrere Abstimmungsgespräche zwischen der Verwaltung, der GEOVOL, der Brandschutzplanung, Büro ABC-Amler Bau Consult GmbH, Eichstätt, und den Objektplanern auf Grundlage der zugestellten Variante, Stand 11.10.2016, statt. Die Ergebnisse wurden durch das Büro Werner Consult, Wien, Stand 10.11.2016 eingearbeitet.

Seitens Fachplanung Brandschutz, Herrn Amler, wurden zum Vorentwurf, Stand 19.09.2016, noch folgende Brandschutzanforderungen mitgeteilt:

- ☐ Im Bereich zum Nachbargrundstück ist gemäß Art. 28 BayBO der Abstand zur Grundstücksgrenze von mindestens 2,50 m einzuhalten oder eine Brandwand zu errichten, welche aufgrund der offenen Tiefgarage nicht oder nur unter großem Aufwand möglich wäre. Aufgrund des asymmetrischen Grenzlaufs an der Nordgrenze kann dieser Abstand nur bis zur Achse 17/18 eingehalten werden. Am Nordöstlichen Rand (Geovol) ist ein Einschnitt erforderlich.
- ☐ Gemäß § 12 Abs.3 S.1 Nr.1 GaStellV (Garagen- und Stellplatzverordnung) dürften Rettungswege ins Freie oder zum notwendigen Treppenhaus eine Entfernung von 50 m nicht überschreiten. Die Art und Ausbildung der Flächen für die Feuerwehr wird in der Richtlinie für Flächen für die Feuerwehr definiert.

Die vorgenannten Plananpassungen bzw. die Einkürzung im Bereich ab Achse 17/18, zur Einhaltung eines Grenzabstandes von 2,50 m wurden seitens Objektplanung in den aktuellen Planstand 10.11.2016 eingearbeitet, wodurch zur Grundstücksgrenze keine Brandwand mehr erforderlich ist.

Weiter wurde aufgrund erneuter konkreter Prüfung der Rettungsweglänge von 50 m zu den geplanten südlichen Treppenhäusern der Variante C, Stand 19.09.2016, ein weiteres Treppenhaus im Süd-Osten notwendig, welches

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

insgesamt mit Kompensation der durch den nördlichen Einschnitt entfallenden Stellplätze und zur Einhaltung der beschlossenen (Gemeinderat vom 16.04.2015, Nr 197), 500 Stellplätze, eine Längsausdehnung von 13,33 m (Richtung Osten) zur Folge hat.

Aufgrund erforderlichen Böschungswinkels im Norden kann der Rettungsweg mit einer Breite von 1,25 m nicht im Böschungsfuß geführt werden. Die drei nördlichen Treppenhäuser gemäß Planstand 19.09.2016 müssen aus diesem Grunde weiterhin erhalten bleiben.

Aufgrund des Zeitfensters zum geplanten Baubeginn nach den Bürgerfest Juli 2017 sollte parallel mit der Ausführplanung durch Abruf der Leistungsphasen 4-Genehmigungsplanung und Leistungsphase 5-Ausführungsplanung begonnen werden.

Der aktuelle Planstand (Grundrisse, Stand 10.11.2016, und den Schnitte, Stand 15.11.2016) der Objektplanung, Werner Consult, Wien, mit den Maßen (Länge 198,33 m x Breite (West) 66,61 m und Breite (Ost) 62,30 m) und 510 Stellplätzen mit vier durchgehenden Fahrgassen wurden dem Gremium zugestellt.

Mit der Bebauungsplanung wurde das Büro von LAB Landschaftsarchitektur Brenner Partnerschaft beauftragt. Die Billigung des Planentwurfes ist für die nächste Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 13.12.2016 vorgesehen.

Mit Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 29.11.2016, Nr. 332, wurde dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

Die drei nördlichen Treppenhäuser bleiben aufrechterhalten. Der Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.09.2016, Nr. 311, wird dahingehend geändert.

Darüber hinaus wird dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

Der vorgelegten Vorplanung des Werner Consult, Wien, Grundrisse, Stand 10.11.2016 und Schnitte, Stand 15.11.2016 wird zugestimmt:

Auf Grundlage der vorgelegten Vorplanung ist die weitere Planung fortzuführen und dem Gemeinderat in Form der Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung nach DIN 276 zur Entscheidung vorzulegen.

Die Verwaltung wird zu allen erforderlichen Schritten zur Sicherstellung des

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Baubeginns, nach dem Bürgerfest 2017 ermächtigt.

Beschluss: 16 : 7

Das Gremium schließt sich der Empfehlung des Bau- Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 29.11.2016, Nr. 332, wie Folgt an:

Die drei nördlichen Treppenhäuser bleiben aufrechterhalten.

Der vorgelegten Vorplanung des Werner Consult, Wien, Grundrisse, Stand 10.11.2016 und Schnitte, Stand 15.11.2016 wird zugestimmt:

Auf Grundlage der vorgelegten Vorplanung ist die weitere Planung fortzuführen und dem Gemeinderat in Form der Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung nach DIN 276 zur Entscheidung vorzulegen.

Die Verwaltung wird zu allen erforderlichen Schritten zur Sicherstellung des Baubeginns nach dem Bürgerfest 2017 ermächtigt.

AZ 621
Bauamt

497 23

Förderung des integrativen AWO Kindergartens St.-Florian-Str.; **Anerkennung einer Ausnahme (Empfehlungsbeschluss aus dem** **Wohnungs- und Sozialausschuss)**

Auf Wunsch und Anregung des Landratsamtes München wurde die Betriebserlaubnis für den integrativen AWO Kindergarten St.-Florian-Str. von bisher 99 auf insgesamt 100 Betreuungsplätze zum 01.09.2016 erweitert.

Anlass dieser Anpassung war -nachdem die strukturellen Voraussetzungen des Gebäudes diese Erhöhung ermöglichen- das Schaffen einer runden Platzanzahl in der Einrichtung, um die Berechnung diverser Parameter (insbesondere der staatlichen Förderbeiträge) zu erleichtern.

Nach dieser Anpassung der Betriebserlaubnis ist die Belegung mit bis zu 20 Integrationskindern (1/3) und 40 Regelkindern (2/3) möglich.
(Berechnungshinweis: 1 Integrationsplatz wird mit dem Faktor 3 gerechnet, d.h. 1 I-Platz entspricht 3 Regelplätzen -> 20 I-Plätze x 3 = 60 Regelplätze plus 40 Regelplätze = 100 Gesamtplätze)

Das Landratsamt München hat bei dieser -auf eigenen Wunsch hin vorgenommenen- Anpassung versäumt, sowohl dem Träger als auch der Verwaltung gegenüber auf einen formalen Förderungsaspekt hinzuweisen: Bei Vollbelegung aller Integrationsplätze (hier 20) müssen zeitgleich auch grundsätzlich alle Regelplätze besetzt sein. Ist dies nicht der Fall, können ggf. Förderungsansprüche verloren gehen.

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

(Hintergrund ist eine sog. 2/3-Regelung in integrativen Einrichtungen, d.h. es müssen im Verhältnis immer mindestens 2/3 aller Betreuungsplätze durch Regelkinder besetzt sein)

Zum September 2016 wurden die nunmehr maximal möglichen 20 Integrationsplätze belegt. Auch die Belegung von 40 Regelplätzen war vorgesehen.

Jedoch hat eine Familie ihren Regelplatz kurzfristig nicht angenommen und eine weitere Familie auf Grund eines Umzuges nicht angetreten.

Somit ist der AWO Kindergarten St.-Florian-Str. zum KiGa-Jahr 2016/2017 mit 20 Integrationskindern und nur 38 Regelkindern gestartet.

Nach Übermittlung dieser Daten ins KiBiG.web zeigte die Analyse der Einrichtung folgerichtig eine Förderkürzung an, da die 1/3 und 2/3 Staffelung nicht eingehalten wurde.

Erst auf Nachfrage beim Landratsamt München, warum diese Meldung auftrete, wurde auf den o.g. Zusammenhang hingewiesen.

Die Emails des Landratsamts München vom 12.10.2016 an den Träger sowie vom 20.10.2016 an die Verwaltung werden entsprechend bekannt gemacht.

Demnach bestünde jedoch eine Ausnahmeregelung für integrative Einrichtungen, wonach bei einer unvorhersehbaren Kündigung eines Regelplatzes während des laufenden Kindergartenjahres von der Förderkürzung abgesehen werden kann, sofern die Kommune ihrerseits einen Ausnahmefall anerkennt und die Einrichtung weiter fördert. Das Landratsamt München würde sich dann als Bewilligungsbehörde für die staatlichen Förderungen der Entscheidung der Kommune anschließen.

Die Ausnahmeregelung gilt grundsätzlich für das laufende KiTa-Jahr fort.

Zu beachten sei hierbei lediglich, dass zum Eintritt der Ausnahmeregelung eine belegbare, unvorhersehbare Kündigung z.B. durch einen Umzug vorliegen müsse und die frei gewordenen Regelplätze nach Möglichkeit wieder besetzt werden.

Die Verwaltung schlägt vor, dass diese Ausnahmeregelung im vorliegenden Fall formal anerkannt wird, damit die Förderungen wie gewohnt zuerkannt werden können.

Eine zusätzliche Auswirkung (finanziell, rechtlich, organisatorisch) zu dieser formalen Anerkennung besteht nicht.

In Absprache mit der Einrichtungsleitung des Kindergartens St.-Florian-Straße sowie dem Träger AWO Bezirksverband Oberbayern ist vorgesehen, für das neue KiGa-Jahr 2017/2018 zunächst (wie bisher) nur 19 Integrationsplätze und 40 Regelplätze zu belegen, um bei kurzfristigen Umzügen oder Kündigungen im Bereich der Regelplätze nicht erneut eine Ausnahmeanerkennung vornehmen zu müssen.

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Wohnungs- und Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung am 29.11.2016 mit dieser Fragestellung vorberatend bereits befasst und die Empfehlung ausgesprochen, bei der integrativen Einrichtung St.-Florian-Straße für den vorliegenden Fall (offene Regelplätze) eine Ausnahme zur 2/3-Regelung in integrativen Einrichtungen anzuerkennen und die Betreuung entsprechend ohne Einschränkungen zu fördern.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Wohnungs- und Sozialausschusses vom 29.11.2016.

Bei der integrativen Einrichtung St.-Florian-Straße wird für den vorliegenden Fall (offene Regelplätze) eine Ausnahme zur 2/3-Regelung in integrativen Einrichtungen anerkannt und die Betreuung entsprechend ohne Einschränkungen gefördert.

Die Verwaltung informiert das Landratsamt München über diese Anerkennung eines Ausnahmefalls entsprechend.

Bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt hat das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler den Sitzungssaal verlassen und an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

AZ 4233
Hauptamt

498 23

Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim; 40. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 149

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Gemeinde Aschheim mit E-Mail-Schreiben vom 25.10.2016 bzw. 26.10.2016 zur 40. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 149 um Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß 4 Abs. 2 BauGB gebeten hat.

Die entsprechenden Unterlagen wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Der Bürgermeister erinnert hier auch an den Beschluss des Gemeinderates vom 14.07.2016, Nr. 430, mit welchem im Rahmen der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Änderung von „Gewerbegebiet“ in „Sondergebiet Einzelhandel“ für das Grundstück Fl. Nr. 249/1 westlich der Umlandstraße und nördlich der Ludwig-Thoma-Straße (Erweiterung Aldi, Bereich 1), zur Änderung von „Wohnen“ in „Sondergebiet Einzelhandel“ auf Fl. Nr. 244, südlich der Jedovnicestraße, östlich der Feldkirchner Straße und nördlich der Eichendorffstraße (Bereich 2) sowie zur Änderung von „Gewerbegebiet, flächenhaft durchgrünt“ in „Gewerbe- und Sondergebiet Einzelhandel“ auf Fl. Nr. 125/2 der Gemarkung Dornach östlich

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

der Erdinger Landstraße und südlich des Einsteinrings (Bereich 3) seitens der Gemeinde Unterföhring keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht wurden.

Nach Rücksprache der Gemeinde Aschheim mit der Regierung von Oberbayern und dem Landratsamt München ist die Ausweisung eines Sondergebietes für großflächigen Einzelhandel im Bereich 3 auf Fl. Nr. 125/2 der Gemarkung Dornach aus landesplanerischer Sicht nicht möglich. Der Aschheimer Gemeinderat hat daher in seiner Sitzung am 13.09.2016 beschlossen, den Änderungsbereich 3 aus der 40. Flächennutzungsplanänderung herauszunehmen und hier erneut eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

Gleichzeitig soll für den Bereich 2 auf Fl. Nr. 244 (9.154m²), südlich der Jedovnicestraße, östlich der Feldkirchner Straße und nördlich der Eichendorffstraße ein vorhabensbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden. Geplant ist hier die Errichtung eines REWE-Supermarktes mit rd. 1.200m², eines Getränkemarktes mit rd. 440m², sowie eines Backshops mit rd. 75m² (davon rd. 30 m² Verkaufsfläche) und eines Post-Shops mit etwa 13m² und einer Außenverkaufsfläche von max. 60m² inkl. entsprechenden KFZ-Stellplätzen und Außenanlagen. Die Auswirkungsanalyse der BBE Handelsberatung GmbH, München, ergab, dass sowohl für zentrale Versorgungsbereiche in Aschheim, als auch in den Nachbargemeinden Feldkirchen und Kirchheim bei München keine bedeutenden Auswirkungen zu erwarten sind.

Beschluss: 23 : 0

Im Rahmen der erneuten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Änderung von „Gewerbegebiet“ in „Sondergebiet Einzelhandel“ für das Grundstück Fl. Nr. 249/1 westlich der Uhlandstraße und nördlich der Ludwig-Thoma-Straße (Erweiterung Aldi), zur Änderung von „Wohnen“ in „Sondergebiet Einzelhandel“ auf Fl. Nr. 244, südlich der Jedovnicestraße, östlich der Feldkirchner Straße und nördlich der Eichendorffstraße mit dem Wegfall der Änderung von „Gewerbegebiet, flächenhaft durchgrünt“ in „Gewerbe- und Sondergebiet Einzelhandel“ auf Fl. Nr. 125/2 der Gemarkung Dornach östlich der Erdinger Landstraße und südlich des Einsteinrings sowie zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 149 zur Errichtung eines Supermarktes mit Getränkemarkt, Backshop und Post-Shop südlich der Jedovnicestraße, östlich der Feldkirchner Straße und nördlich der Eichendorffstraße werden seitens der Gemeinde Unterföhring keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.

AZ 6100
Bauamt

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

499 23 **Bekanntgaben / Anfragen**

Bekanntgaben

Antrag der Jugendbeauftragten zur "Gründung eines Jugendbeirates"

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass von der Jugendbeauftragten Frau Simone Guist mit Schreiben vom 21.11.2016 ein Antrag zur Gründung eines Jugendbeirates eingegangen ist. Der Antrag lautet wie folgt:

„Es wird die Gründung eines Jugendbeirats in Unterföhring beantragt. Hierfür ist von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Jugendbeauftragten und einem Vertreter der Jugendfreizeitstätte FEZI ein passendes Konzept mit Satzung nach Art. 23 Gemeindeordnung zu erarbeiten. Mögliche Förderungen sind vollends auszuschöpfen.“

Der Antrag wurde den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld zur heutigen Sitzung zur Kenntnisnahme und Information ausgehändigt.

Der Vorsitzende gibt diesen Antrag zur thematischen Vorberatung an den Jugend- und Kulturausschuss ab. Der Gemeinderat befasst sich im Anschluss hieran mit der Empfehlung des Ausschusses.

In diesem Zusammenhang berichtet der Vorsitzende, dass für das Frühjahr 2017 ein gemeinsamer „Jugendstammtisch“ mit Unterföhringer Jugendlichen, Vertretern der Jugendarbeit (FEZI) und dem Bürgermeister geplant ist.

AZ 4424
Hauptamt

Bekanntgaben

Errichtung einer Bedarfsampel und Geschwindigkeitsreduzierung an der Münchner Straße/Bauhofstraße

Der Erste Bürgermeister erinnert an die Bekanntgabe zur St 2053 Münchner Straße; Sanierung zwischen Ahornstraße und Kanalbrücke 2017 aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 29.11.2016 mit welcher mitgeteilt wurde, dass die Gemeinde bezüglich einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 60 km/h auf St. 2053 zwischen Ismaning und Unterföhring sowie bzgl. der Errichtung einer Bedarfsampel beim Poschinger Weiher/Bauhofstraße beim Landratsamt München um eine schriftliche Stellungnahme gebeten wurde.

Die beiden Schreiben des LRA München, Frau Liendl, vom 17.11.2016, eingegangen bei der Gemeinde jeweils am 22.11.2016, werden bekanntgegeben.

Zum einen wird mitgeteilt, dass der gemeinsame Antrag der Gemeinde Unterföhring sowie Herrn Dr. Greulich, Bürgermeister der Gemeinde

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ismaning, auf Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit zurückgestellt wird, bis die Baumaßnahmen der Kreisverkehrsanlage im Bereich AGROB in Ismaning abgeschlossen ist.

Weiter wird erklärt, dass die für die Anordnung einer Fußgänger-Signalanlage erforderlichen Querungszahlen von 50/h in diesem Bereich nicht erreicht werden, darüber hinaus wird die bestehende Querungshilfe im Bereich St 2053/Bauhofstraße/Am Poschinger Weiher als ausreichend erachtet.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die Errichtung einer Fußgänger-Signalanlage nicht möglich.

AZ 6312
Bauamt

Anfragen

Das Gemeinderatsmitglied Frau Mäusel gibt bekannt, dass demnächst wohl eine Sanierung von Tiefgaragen der Allianz bevorsteht. Dies wurde Frau Mäusel von Mitarbeitern der Allianz mitgeteilt, verbunden mit der Bitte, ob evtl. für diesen Zeitraum alternativer Parkraum (z.B. entlang des Seitenstreifens an der Dieselstraße) geschaffen werden kann.

Der Vorsitzende nimmt dies zur Kenntnis und prüft bei Bedarf und im Rahmen der Möglichkeiten etwaige Handlungsmöglichkeiten.

AZ 024
Hauptamt

35. Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nachdem keine weiteren Anfragen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 22.45 Uhr die heutige öffentliche Sitzung und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend, eine besinnliche und ruhige Adventszeit sowie schöne Feiertage.

Im Anschluss wird die nichtöffentliche Sitzung fortgeführt.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer